Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 11/57. Jahrgang | November 2026 | Schutzgebühr: 0,40 €

Gießen: 53 Millionen Euro Defizit – und die Bevölkerung soll zahlen?

DKP fordert: Schluss mit Sparpolitik auf Kosten der Menschen!
Gießens Haushaltskrise verschärft sich: Für 2026 wird ein Defizit von 53,38 Mio. Euro erwartet. Die Schulden des städtischen Kernhaushalts lagen Ende 2025 bei rund 168 Mio. Euro. Jetzt stehen Stellenabbau, Kürzungen bei Investitionen und drastische Erhöhung der Grundsteuer B im Raum. Das Regierungspräsidium empfiehlt, den Grundsteuerhebesatz von 626 auf 1.050 Prozentpunkte anzuheben. Das soll 13 Mio. Euro Mehreinnahmen bringen. Die durchschnittliche Pro-Kopf-Belastung würde von etwa 230 auf 380 Euro jährlich steigen. Auch der Personalabbau soll verschärft werden. Die bisher vorgesehenen 6,5 Stellen weniger für 2027 reichen

Fortsetzung auf S. 2

Abwahl Weigel-Greilich S. 2
Kliniken: Kampf um Entlastung / Pflegereform S. 3
Fernwärme / Rattenbekämpfung S. 4
Sonntagsöffnung 27.12. / Friedenspreis für NATO / S. 5
Sozialabbau und Aufrüstung stoppen / Kriege liefern Diesel S. 6
Soziale Proteste in Europa S. 7

Erneute Insolvenz bei Galeria – Mitarbeiter im Seltersweg bangen um ihre Jobs



Galeria hat seit der Fusion von Kaufhof und Karstadt mehrere Sanierungsrunden hinter sich. Nach 2020, 2022 und 2024 ist es nun der vierte Insolvenzantrag. In jedem Verfahren wurden Filialen geschlossen und Arbeitsplätze abgebaut. Die Gläubiger verzichteten auf Forderungen in Milliardenhöhe. Den bislang letzten Antrag stellte das Unternehmen Anfang 2024 nach der Pleite des damaligen Mutterkonzerns Signa. Neun der damals 92 Warenhäuser mussten schließen.

Galeria hatte am 2. Oktober 2026 beim Amtsgericht Düsseldorf die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beantragt, Gründe nannte die Geschäftsführung nicht. Drei Tage später ordnete das Gericht das vorläufige Insolvenzverfahren an und bestellte den Düsseldorfer Rechtsanwalt Frank Kebekus zum vorläufigen Insolvenzverwalter.

Aktuell bekommen die 12.000 Angestellten von Galeria Insolvenzgeld, das heißt, ihre Löhne werden von der Bundesagentur für Arbeit gezahlt. Insgesamt steht derzeit die Zukunft von 30 der 83 Filialen auf der Kippe. Jede Sanierungsrunde ging einher mit Einschnitten für die Beschäftigten. Viele Kolleginnen und Kollegen verdienen bis zu 30% weniger als Beschäftigte im Flächentarifvertrag.

Am Ende verdienen vor allem die Kreditgeber an der fortlaufenden Krisenwirtschaft im Hause Galeria, da zur Rettung immer wieder teure Kredite aufgenommen werden.

Wir schließen uns den Forderungen der Gewerkschaft ver.di an: Galeria braucht ein tragfähiges Zukunftskonzept, das maßgeblich unter der Einbeziehung der Belegschaft und der Betriebsräte entstehen muss. Es bedarf moderner Konzepte und vor allem ausreichenden Personals und einer Bezahlung nach Tarif.

Ma.La.

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Fortsetzung von Seite 1:

Gießen – 53 Millionen Euro Defizit – und die Bevölkerung muss zahlen

dieser Aufsichtsbehörde nicht aus.

Die Ursachen sind vielfältig: Für 2026 werden rund fünf Mio. Euro weniger Gewerbesteuer erwartet als geplant. Zugleich steigen die Aufwendungen für Jugendhilfe und Personal. Hinzu kommt die Frage, wie Bund und Land die Kommunen für ihre Aufgaben finanzieren. Denn laut Gesetz müssen den Kommunen eigentlich ausreichend Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden.

2002 wurde das Konnexitätsprinzip (wer bestellt, bezahlt) per Volksabstimmung in die Hessische Verfassung aufgenommen. In den ganzen Diskussionen und Beschlüssen wird es nicht eingehalten. Höhere Wohnkosten, Stellenabbau und Einschnitte bei öffentlichen Leistungen treffen diejenigen, die auf eine funktionierende kommunale Daseinsvorsorge angewiesen sind. Es darf nicht sein, dass die Kosten der Haushaltskrise auf die Menschen und die Beschäftigten abgewälzt werden. Bevor bei Personal, Infrastruktur und sozialen Angeboten gekürzt oder die Grundsteuer erhöht wird, muss offengelegt werden, welche Alternativen geprüft wurden und wer die Folgen trägt.

Der städtische Haushalt ist keine bloße Rechenaufgabe. Er entscheidet über die Lebensbedingungen der Menschen in Gießen. Nicht die Bevölkerung darf für die Krise bezahlen – öffentliche Daseinsvorsorge muss gesichert werden. Deshalb fordern wir von Bund und Land, sich endlich an die im Grundgesetz garantierte Regelung zur angemessenen Finanzierung der Kommunen zu halten.

DKP Gießen

Ein guter Tag für Gießen!



Am 28.09.2026 hatte im Stadtparlament die Grüne hauptamtliche Stadträtin **Gerda Weigel-Greilich** ihren letzten Auftritt. Nach vielen Jahren ihrer Tätigkeit als Bürgermeisterin und Stadträtin wurde sie einstimmig abgewählt. Einstimmig deshalb, weil die neue Kenia-Koalition personellen Platz braucht für CDU-Mann Eser. Alle anderen Abgeordneten stimmten ebenfalls freudig für die Abwahl. Kein Wunder; die Grüne Politikerin war immer in der Kritik wegen ihrer umstrittenen Projekte: Schwanenteich (hier entstand auch ihr Spitzname *Kettensägen-Gerda*), Bahndammdurchstich Gartfeld / Bootshaustraße mit der falschen Brutto / Netto Berechnung, Landesgartenschau (Laga), Leerstand Kita Seltersweg, Jugendamt, Marburg-Bieber. Nicht zu vergessen das unwürdige Verhalten gegenüber dem Fußballverein Blau-Weiß Gießen. Bekanntlich sollte der Verein mit seiner vorbildlichen Jugendarbeit wegen der Laga dauerhaft aus der Ringallee verschwinden. Erst die Solidarität der Gießener Stadtgesellschaft sowie die Unterstützung der damaligen OB Grabe–Bolz haben dafür gesorgt, dass der Verein nach Beendigung der Laga wieder auf den Sportplatz Ringallee zurückkehren konnte.



Mario Berger und Gerda Weigel-Greilich
Bild: Oliver Schepp, Gießener Allgemeine, 19.06.2019

Helmut Appel

Der „Grünen“ Weigel-Greilich ins Baumfällkataster geschrieben

„Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns […] Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, dass wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht ...“
(aus: Friedrich Engels, Menschwerdung des Affen)



Friedrich Engels

Pastorales Abschiedsgeschenk mit erhobenem Zeigefinger

Zur Abwahl im Stadtparlament überreichte OB Becher Frau Weigel-Greilich „mutig“ ein lehrreiches Buch. „Die Wurzeln des Lebens“ von Richard Powers macht darin auf die Zerstörung der Umwelt, insbesondere der Wälder, aufmerksam. Moralinsauer wird „der Mensch“ dafür verantwortlich gemacht, nicht etwa Großkonzerne oder Kriegstreiber.

Zu spät, Herr Becher! Hätte er frühzeitig seine Richtlinienkompetenz eingesetzt, wären den Gießenern viele Baumfällungen erspart geblieben.

Kliniken: Kampf um Entlastung weiter notwendig

Vor einigen Jahren streikte in vielen großen Kliniken Deutschlands, auch am Uniklinikum Gießen/Marburg, das nicht-ärztliche Personal für einen Entlastungs-Tarifvertrag. Dabei ging es vor allem darum, mit mehr Personal die unzumutbare Belastung der Beschäftigten abzubauen. Trotz heftiger Gegenwehr der Klinikbetreiber waren die Streiks erfolgreich. Im Laufe der Jahre wurde mehr Personal eingestellt und eingearbeitet, besonders in der Pflege. Die Tarifverträge begannen zu wirken, die Beschäftigten spürten die dringend notwendige Entlastung.

Die CDU/SPD-Regierung will diese positive Entwicklung jetzt beenden. Mit einem Gesetz, das angeblich der Stabilisierung der Krankenkassenbeiträge dient, sollen die Kliniken mit mehreren Milliarden Euro pro Jahr weniger auskommen. Gespart werden soll vor allem am Personal – weniger Planstellen und schlechtere Bezahlung wären die Folgen. Bundesweit wehren sich vor allem die Pflegekräfte gegen diese Zumutung. Mit ihren Erzwingungsstreiks vor einigen Jahren haben sie das Kämpfen gelernt. Wenn es sein muss, werden sie wieder auf die Straße gehen. Die DKP wird sie solidarisch begleiten.



Stabile Krankenkassenbeiträge? Wem nutzt das?

Wenn die Krankenkassenbeiträge nicht steigen, haben auch die Versicherten etwas davon – so scheint es auf den ersten Blick. Tatsächlich sind die Folgen der Stabilisierung andere. Einen Vorteil hat nur der kleine Teil der Versicherten, der keine Leistungen der Krankenkasse braucht. Für alle anderen steigt die Zuzahlung zu Medikamenten, medizinischen Hilfsmitteln und Krankenhausaufenthalten. Außerdem müssen sie mit schlechterer Versorgung rechnen, länger auf Arzt- und Psychotherapietermine sowie auf Operationen warten. Großen Nutzen haben hingegen die sogenannten Arbeitgeber, ihr Anteil an den Krankheitskosten sinkt. Ursprünglich teilten sich Versicherte und Unternehmer die Kosten zu gleichen Teilen. Durch neue Gesetzte in den letzten Jahrzehnten (Zuzahlung bei Medikamenten, Hilfsmitteln, Zahnbehandlungen, Krankenhausaufenthalten, Zusatzbeiträgen usw.) wuchs der Anteil der Versicherten an den Kosten immer weiter.

Wir fordern, dass die Kliniken wieder in öffentliche Verantwortung mit demokratischer Kontrolle kommen.

Gernot Linhart

Pflegereform: das Kapital schonen, bei den Schwächsten kürzen

Die Kapitalseite jubelt. Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Arbeitgeberverbände, lobt Gesundheitsminister Lauterbachs Nachfolger dafür, den Kern der Pflegereform gegen Widerstand verteidigt zu haben. Die neoliberale „Wirtschaftsweise“ Veronika Grimm stellt klar: „Natürlich wird sich das zwischenzeitlich etablierte Leistungsniveau so nicht aufrechterhalten lassen.“

Was als Reform verkauft wird, ist ein Kürzungspaket auf Kosten der Versicherten, Pflegebedürftigen und Angehörigen. Unternehmen bleiben verschont: Die Beitragserhöhung für Kinderlose wird nicht paritätisch finanziert. Besonders brutal sind die strengeren Kriterien für Pflegegrade und die Streichung des monatlichen Entlastungsbetrags von 131 Euro für Menschen mit Pflegegrad 1. Wer Unterstützung braucht, wird alleingelassen. Zugleich fällt Hilfe weg, die häufig Angehörige und das soziale Umfeld leisten. Die Folge: mehr Belastung für Betroffene und Familien.

Auch bei Personal und Pflegequalität soll gespart werden. Künftig dürfen Pflegekassen bei „struktureller Unterversorgung“ regional befristet von Zulassungs- und Vergütungsrecht abweichen. Das öffnet Tür und Tor, ohnehin unzureichende Personalstandards weiter auszuhöhlen.

Die SPD beklagt derweil lediglich ein „Kommunikationsdefizit“. Dabei geht es nicht um schlechte Vermittlung, sondern um reale soziale Verschlechterungen, die sie als Teil der Merz-Regierung mitträgt. Groß angekündigter Widerstand gegen die Pläne der Union endete in Unterwerfung.

Doch die letzte Entscheidung steht noch aus. Ob die SPD auch im Parlament einknickt, hängt nicht zuletzt vom Druck ab, den Beschäftigte, Gewerkschaften und soziale Bewegungen aufbauen. Gegen Sozialabbau hilft keine Schönrederei, sondern entschlossener Protest – in den Wahlkreisen und auf der Straße.

Martina Lennartz



Dieses Bild stammt aus dem Jahr 2016. Es gehörte zu der bundesweiten Rentenkampagne „Rente muss reichen“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), die im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 für eine Stärkung der gesetzlichen Rente warb.

Fernwärme – hoher Profit für Stadtwerke

Wie bereits berichtet, haben die Stadtwerke (SWG) im vorigen Geschäftsjahr einen Gewinn von fast 14 Mio. Euro erwirtschaftet, von dem sie 3,5 Mio. an die Stadtkasse überwiesen. Zu diesem Gewinn hat das Geschäft mit Fernwärme fast fünf Mio. Euro beigetragen. Der Anteil dieser Sparte am Gesamtumsatz dürfte wesentlich geringer sein – die Fernwärmekunden wurden also übermäßig belastet. Der Preis der Fernwärme wird nur zur Hälfte aus den Erzeugungskosten kalkuliert. Der Rest wird anhand von „Indizes“ berechnet, die sich aus dem Marktpreis für Erdgas und dem bundesweiten Durchschnittspreis für Wärme ergeben. Wenn einige Wärmeerzeuger sehr kostenintensiv produzieren, können alle anderen ihre Preise erhöhen. In den Index werden auch Investitionskosten einbezogen. Das alles führt dazu, dass die Fernwärme im Vergleich zu anderen Heizsystemen ungerecht teuer ist. Für die angestrebte Klimaneutralität ist das sehr ungünstig. Andere klimafreundliche Heizungen (z. B. Wärmepumpen) werden vom Staat großzügig gefördert. Fernwärmekunden sind von ihrem Wärmeversorger vollkommen abhängig, bei zu hohen Preisen haben sie keine Alternative. Die SWG begründen ihre auf Gewinn ausgerichtete Kalkulation damit, dass sie damit verlustreiche Sparten wie die Bäder querfinanzieren. Warum müssen aber die Fernwärmekunden, die mit ihrer Entscheidung einen erheblichen Beitrag zur Klimaneutralität leisten, am meisten zu dieser Finanzierung beitragen? Was fehlt, ist eine demokratisch legitimierte Kontrolle der Preisgestaltung.



Auch am Wasser verdient die Stadt

Auch die Mittelhessischen Wasserbetriebe (MWB) arbeiten gewinnorientiert. Im vorigen Geschäftsjahr haben sie einen Gewinn von 2,4 Mio. Euro erzielt. Davon werden 1,4 Mio. an die Stadt überwiesen. Vor der Gründung der MWB gehörte das Wassergeschäft zu den Stadtwerken. Seit diese als Aktiengesellschaft organisiert sind, wird ihre Preisgestaltung vom Kartellamt überwacht. Vor etwa 25 Jahren stellte dieses Amt fest, dass viele deutsche Wasserversorger überhöhte Preise kassierten. Einige Städte senkten ihre Preise und zahlten das zu viel bezahlte Geld an die Kunden zurück. Die Stadt Gießen dagegen gliederte das Wassergeschäft aus den Stadtwerken aus und gründete den Eigenbetrieb MWB. Für kommunale Betriebe ist das Kartellamt nicht zuständig, die sollten von parlamentarischen Gremien kontrolliert werden. Um die Rückzahlung der zu viel kassierten Gebühren zu vermeiden, führte die Stadt 22 Jahre lang einen Rechtsstreit mit dem Kartellamt. Schließlich gab es einen Vergleich. Das Geld sollte durch einen Verzicht auf Gebührenerhöhungen an die Kunden zurückgegeben werden. Nach Ansicht der MWB läuft 2030 die Frist für diesen Verzicht ab – ab dann müssen wir uns auf Erhöhungen des Wasserpreises einstellen.

Gernot Linhart

Rattenbekämpfung ohne Gift – Verantwortung statt Vergiftung

Ratten gehören zum Stadtbild. Wo Menschen leben, arbeiten und Lebensmittel verbrauchen, finden auch sie Nahrung und Unterschlupf. Ihre Vermehrung ist deshalb nicht einfach ein Problem der Tiere, sondern auch eine Frage kommunaler Infrastruktur, Abfallentsorgung und Stadthygiene.

Die übliche Antwort auf einen Rattenbefall sind häufig Giftköder. Dabei kommen vielfach Antikoagulanzien zum Einsatz, die die Blutgerinnung hemmen. Die Tiere sterben oft erst nach mehreren Tagen an inneren Blutungen. Das Umweltbundesamt weist zudem auf erhebliche Gefahren für andere Tiere hin: Greifvögel, Eulen und räuberische Säugetiere können sich durch den Verzehr vergifteter Ratten ebenfalls tödlich vergiften. Die Gifte können sich außerdem in der Umwelt anreichern.

Dass es auch anders gehen muss, ist keine romantische Vorstellung. Eine wirksame Rattenkontrolle beginnt bei den Ursachen: sichere Abfallbehälter, regelmäßige Reinigung, die Beseitigung von Futterquellen, die Instandhaltung der Kanalisation und eine konsequente Kontrolle von Befallsorten. Wo Bekämpfung notwendig ist, müssen tierschutzgerechte und möglichst giftfreie Verfahren Vorrang haben.

Für uns als Kommunisten gehört der Schutz von Menschen, Tieren und Umwelt zur Verantwortung einer sozialen Kommune. Öffentliche Gesundheit und Stadthygiene dürfen nicht auf Kosten des Tierwohls gewährleistet werden. Ebenso wenig darf man die Ursachen vernachlässigen und anschließend nur die Folgen bekämpfen.

Wir fordern den Magistrat auf, den Einsatz von Antikoagulanzien auf städtischen Flächen schrittweise zu beenden, ein kommunales Konzept zur giftfreien Rattenkontrolle vorzulegen und gemeinsam mit Fachleuten wirksame Alternativen umzusetzen. Zugleich soll sich die Stadt auf Landes- und Bundesebene für eine deutliche Einschränkung dieser Gifte einsetzen.

Eine lebenswerte Stadt braucht eine funktionierende öffentliche Infrastruktur – und einen verantwortungsvollen Umgang mit allen Lebewesen.

Michael Drees

Sonntagsöffnung am 27. Dezember: Lennartz fordert Rücknahme

Am 27. Dezember 2026 soll der Einzelhandel in Gießen erneut sonntags öffnen. Während der Handel auf zusätzliche Umsätze hofft, sollen die Beschäftigten nach dem Weihnachtsgeschäft auf einen Ruhetag verzichten. Deshalb bringt **Martina Lennartz** zur nächsten Stadtverordnetenversammlung einen Antrag gegen die Sonntagsöffnung ein.

Gerade in der Weihnachtszeit leisten die Beschäftigten im Einzelhandel viel. Sie stehen an den Kassen, beraten Kundinnen und Kunden und halten den Betrieb am Laufen. Wenn anschließend auch noch der Sonntag zum Einkaufstag wird, verlieren sie weitere freie Zeit. Die Beschäftigten sind keine beliebig verfügbare Manövriermasse für die Profitinteressen des Handels.

Der Sonntagsschutz ist verfassungsrechtlich festgesetzt: Artikel 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit dem darin verankerten Artikel 139 aus der Weimarer Reichsverfassung schützt die Sonn- und Feiertagsruhe. Sie dient der Erholung, dem Familienleben und der gesellschaftlichen Teilhabe. Eine Sonntagsöffnung darf nicht allein mit wirtschaftlichen Interessen begründet werden. Es muss geprüft werden, ob ein hinreichend gewichtiger Anlass vorliegt.

Mit ihrem Antrag fordert Martina Lennartz, die Genehmigung für den 27. Dezember rechtlich erneut zu prüfen. Auf welcher Grundlage wurde die Öffnung genehmigt? Welche Besucherzahlen werden erwartet? Und wie wurden die Interessen der Beschäftigten und der verfassungsrechtliche Sonntagsschutz berücksichtigt? Die Stadt muss diese Fragen nachvollziehbar beantworten.

Auch die Prognose auf zusätzliche Umsätze überzeugt nicht. Viele Menschen leiden unter steigenden Mieten, Energiepreisen und Lebenshaltungskosten. Wenn am Monatsende das Geld fehlt, schaffen längere Öffnungszeiten keine neue Kaufkraft. Was nicht im Geldbeutel ist, kann nicht ausgegeben werden. Zusätzliche Öffnungszeiten können Umsätze lediglich zwischen verschiedenen Tagen verschieben – während die Belastung der Beschäftigten steigt.

Die Probleme der Innenstädte lassen sich nicht durch immer längere Öffnungszeiten lösen. Eine lebendige Innenstadt braucht sichere Arbeitsplätze, gute Löhne, bezahlbares Wohnen, Kultur und öffentliche Räume. Menschen müssen sich das Leben in der Stadt leisten können und Zeit haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Der Antrag fordert deshalb eine erneute rechtliche Prüfung der Sonntagsöffnung und klare Grenzen für künftige Ausnahmen. Die Interessen der Beschäftigten müssen Vorrang vor dem Streben nach immer mehr Umsatz haben.

Die Wirtschaft muss den Bedürfnissen der Menschen dienen – nicht umgekehrt. Der Sonntag gehört den Menschen, nicht dem Profit!

GSF Gießen

Friedenspreis für ein Monster

Die NATO erhielt in diesem Jahr den „Westfälischen Friedenspreis“, der an den Friedensschluss nach dem 30-jährigen Krieg erinnern soll. Angeblich sichert dieses Militärbündnis seit seiner Gründung vor 77 Jahren den Frieden in Europa. Nach Aussagen von NATO-Militärs und -Politikern ist die Organisation ein Verteidigungsbündnis, das niemanden bedroht. Noch nie seit Bestehen der NATO ist einer der Mitgliedsstaaten militärisch angegriffen worden. Trotzdem gibt es kein einziges Jahr, in dem nicht einer oder mehrere der NATO-Staaten Krieg führten: Kolonialkriege, Kriege zum Sturz unliebsamer Regierungen, Kriege zur Zerlegung von Staaten, Kriege zur Sicherung oder Erweiterung von Einflusszonen. In den NATO-Staaten leben etwa 10% der Weltbevölkerung, ihr Anteil an den globalen Militärausgaben beträgt mehr als 60%. Noch nie in der Weltgeschichte gab es ein so übermächtiges Kriegsbündnis, das in nicht wenigen Gegenden als gefährliches Monster wahrgenommen wird.

Zwei weitere Auszeichnungen, der Friedensnobelpreis und Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, wurden in den vergangenen Jahren an unwürdige Empfänger vergeben.



Dieses Jahr erhielten sie endlich mal wieder Personen, die wirklich etwas für eine friedlichere Welt getan haben. Den Nobelpreis gewann die südafrikanische Juristin Navi Palley, die in verschiedenen Funktionen für die Durchsetzung des Völkerrechtes kämpfte. Zum Zeitpunkt der Verleihung hielt sie sich zufällig gerade in Nürnberg bei einer Tagung zum 80. Jahrestag der UN-Charta auf.

Den Friedenspreis des deutschen Buchhandels erhielt der britisch-französische Jurist und Autor Philipp Sands. Beide können froh sein, dass sie Deutschland ohne polizeiliche Vorladung wieder verlassen konnten. Beide verurteilten öffentlich die israelische Regierung wegen ihrer Kriegsführung in Gaza und in der Westbank. Sie sprachen deutlich von Genozid, Kriegsverbrechen und Verstößen gegen das Völkerrecht. Wegen solcher „Verstöße“ gegen die „deutsche Staatsräson“ wurden schon öfter Preisverleihungen abgesagt, Berufungen widerrufen, Menschen strafrechtlich verfolgt und verurteilt.

Dass die Preisträger mit ihren klaren Worten irgendjemanden der deutschen Staatsräson-Fans in Politik und Medien zum Nachdenken angeregt haben, darf bezweifelt werden. Gernot Linhart

Sozialabbau und Aufrüstung stoppen – gemeinsam gegen Krieg!

Die Bundesregierung rüstet zum Krieg – und den müssen wir gemeinsam verhindern! **Mark Ellmann**, Leiter der Friedenskommission der DKP, zeigte in seiner Rede auf der Friedensdemonstration am 3. Oktober in Stuttgart, wie der Widerstand aussehen kann:

Die Bundesregierung unterstützt Kriege, ist weltweit viertgrößter Rüstungsexporteur und will die stärkste Armee Europas aufbauen. Dafür werden Wehrpflicht und Reservistendienst vorbereitet, die Gesellschaft militarisiert und die Konfrontation mit Russland verschärft. Gleichzeitig werden demokratische Rechte eingeschränkt und kritische Stimmen diffamiert.

Wer profitiert? Die Rüstungskonzerne: Rheinmetalls Aktie stieg binnen fünf Jahren auf mehr als das Vierzehnfache. Wer zahlt? Wir alle. Während Milliarden in die Rüstung fließen, werden monatlich 15.000 Industriearbeitsplätze vernichtet, Energie und Lebensmittel teurer und Sozialleistungen gekürzt. Der sogenannte Reformkurs bedeutet sozialen Kahlschlag zugunsten einer Kriegswirtschaft.

Gewerkschaften sprechen zu Recht vom Generalangriff. Doch Sozialabbau und Kriegsvorbereitung lassen sich nicht getrennt bekämpfen. Deshalb gehören Preisstopps, der Stopp sozialer Kürzungen, bessere Löhne und der Erhalt von Arbeitsplätzen auf die Tagesordnung. Industrieproduktion muss auf gesellschaftlich notwendige zivile Güter umgestellt werden, statt immer mehr Waffen für Kriege herzustellen.

Dafür braucht es gemeinsamen Widerstand: in den Betrieben, Gewerkschaften, Kommunen und auf der Straße. Auch die Kriegskredite müssen zurückgenommen werden. Wer „Soziales rauf!“ fordert, muss auch „Rüstung runter!“ verlangen.

Die Militarisierung reicht längst bis in Schulen, Krankenhäuser und Arbeitsagenturen. Zwang und Kriegstüchtigkeit sollen Normalität werden. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Weder CDU noch AfD stehen für unsere Interessen. Wir wollen Frieden mit unseren Nachbarn und eine Zukunft ohne Krieg.

Intensivieren wir den Protest, organisieren wir Widerstand und werden wir streikfähig, bevor sie uns kriegstüchtig machen!

Krieg gegen den Iran und Russland liefert Diesel

Der Krieg um eine neue Weltordnung ist voll entbrannt. Die Lohnabhängigen zahlen den Preis: Sei es in Europa, den USA, Jemen, Iran, Sudan oder Palästina. Wobei dieser Preis in den Ländern, die vom Krieg überzogen werden, natürlich der höchste ist; dort geht es um Leben und Tod.

Drei große militärische Konflikte sind Ausdruck des derzeitigen Kampfes um eine neue Weltordnung: Der Krieg, den USA/Israel gegen den Iran führen, hat eine Explosion der Energiepreise und großes menschliches Leid im Iran zur Folge. Die Bevölkerung im Jemen ist Opfer der von Saudi-Arabien und den jemenitischen Regierungstruppen geführten Angriffe gegen die Huthi. Diese beiden Kriege bewirken, dass zwei zentrale Routen des Welthandels nur eingeschränkt nutzbar sind: die Straße von Hormus und die Straße von Bab al-Mandab. Der Stellvertreterkrieg des Westens gegen Russland in der Ukraine ist für die Lohnabhängigen in beiden Staaten und darüber hinaus eine Katastrophe.

Jeder dieser Kriege trägt in sich das Potenzial zur weiteren Ausweitung. Das Mekka-Abkommen (07.08.2026) zwischen Saudi-Arabien, Türkei und Pakistan bringt die Atommacht Pakistan mit ins Spiel. Gerne wird dieses Abkommen mit dem NATO-Vertrag verglichen und eine sofortige militärische Beistandspflicht behauptet. Aber weder im NATO-Vertrag, noch im Mekka-Abkommen existiert ein solcher Automatismus. Deutsche Medien behaupten gerne, das Abkommen sei Reaktion auf die Bedrohung durch den Iran. Eine Analyse der *Carnegie Stiftung* vom August betont jedoch, dass das Abkommen vor dem Hintergrund der Krise der US-Vorherrschaft in der Golfregion entstanden ist. Der jüngst geschlossene Diesel-Deal zwischen Russland und den USA hat vor allem eine politische Bedeutung. Das wird aus den gelieferten Mengen deutlich. Insgesamt sind 4,8 Millionen Tonnen angekündigt. Bisher sind 40.000 Tonnen auf dem Weg. Der Tanker soll die USA am 07.11. erreichen. Diese Menge entspricht 7,5% eines Tagesverbrauchs. Trump geht es dabei um eine Nebelkerze kurz vor den Wahlen im November, nicht um ein Ende des Kriegs in der Ukraine.



Seit Audi-Chef Döllner Wahlkampf für Trump macht

Der Deal zeigt, dass es bei all diesen Kämpfen nicht um eine Systemkonkurrenz, sondern um geostrategischen Einfluss im Rahmen eines imperialistischen Weltsystems geht. Bündnisse von kapitalistischen Staaten sind keine Bündnisse auf Dauer, sondern Ausdruck taktischer Interessen.

Henning Mächerle

Soziale Proteste in Europa

Die Krise des Kapitalismus verschärft den Druck auf die Lohnabhängigen. Steigende Energie- und Mietpreise, Inflation, sinkende Reallöhne, der Verfall öffentlicher Infrastruktur und Angriffe auf soziale Errungenschaften treiben europaweit Menschen auf die Straße. Die Versuche, die Krisenlasten auf die Beschäftigten und finanziell Schwächeren abzuwälzen, stoßen zunehmend auf Widerstand.



Demonstrationen in Frankreich. Bild: UZ

In Frankreich, Belgien, Italien und Spanien gehen immer mehr Menschen gemeinsam gegen Sozialabbau gemeinsam aus diesem Grund auf die Straße. Beschäftigte, Gewerkschafter, Jugendliche, Rentner und politische Initiativen tragen den Widerstand. Bemerkenswert ist, dass sich unterschiedliche Kämpfe zunehmend verbinden und gemeinsame Forderungen entstehen. In Frankreich entwickelten sich Schülerproteste zu einer breiteren sozialen Bewegung. In Italien verbinden Gewerkschaften den Kampf für höhere Löhne mit dem Widerstand gegen Aufrüstung und Kriegspolitik. In Spanien wächst der gemeinsame Widerstand gegen schlechte Arbeitsbedingungen und die zunehmende Wohnungsnot. Auch in Portugal und Griechenland gibt es Proteste gegen Sozialabbau, niedrige Einkommen und den Verfall öffentlicher Einrichtungen.

Belgien ist ein besonderer Brennpunkt. Am 9. Oktober demonstrierten Zehntausende gegen die Regierungspolitik. Beschäftigte der Eisenbahn und des Öffentlichen Dienstes, Lehrkräfte, Studierende, Schülerinnen und Schüler, Rentner sowie soziale Initiativen beteiligten sich. Am 12. Oktober folgte ein landesweiter Streiktag im Öffentlichen Dienst. Betroffen waren unter anderem Verkehr, Schulen und öffentliche Medien.

In Frankreich reagiert die Regierung Macron auf den Widerstand mit Repressionen und Einschränkungen des Demonstrationsrechts. Auch in der BRD gibt es zahlreiche Proteste, doch sie finden bislang nur selten zusammen. Die Sozialpartnerschaft und die Beschränkung des Streikrechts erschweren gemeinsame Mobilisierungen. Umso dringender ist ein umfassendes politisches Streikrecht. Die Gewerkschaften müssen dafür kämpfen, dass Beschäftigte auch gegen Sozialabbau, Aufrüstung und Regierungspolitik streiken können. Ein solches Recht gehört ins Grundgesetz!

Henning Mächerle

Wo bleiben die Milliarden?
Geld für uns statt für Panzer und Drohnen!



Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto (auch für Spenden)**:**
Name: DKP Kreisorganisation, Giessen; **IBAN:**
DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen, Anfragen und Leserbriefe an:

Gießener Echo / DKP Gießen
Postfach 110340, 35348 Gießen
oder E-Mail: ***giessen@dkp.de***
Internet: ***www.giessen.dkp.de***

UZ – Sagen, was ist!





Unsere Zeit (UZ) ist die Zeitung der DKP und die einzige marxistische Wochenzeitung in unserem Land.

Gründe, UZ zu lesen:

- UZ ergreift Partei für demokratische und soziale Rechte.
- UZ ist Friedenszeitung.
- UZ mischt sich in Klassenkämpfe ein.
- UZ berichtet über Auseinandersetzungen vor Ort.
- UZ ist antifaschistisch.
- UZ verteidigt die Meinungsfreiheit.
- UZ steht an der Seite der revolutionären Jugend.
- UZ tritt für die Rechte der Frauen ein.
- UZ steht für internationale Solidarität.
- UZ entlarvt den Imperialismus.

6-Wochen-Abo der gedruckten und digitalen Ausgabe der Wochenzeitung „Unsere Zeit“ **gratis** zum Kennenlernen!
Das 6-Wochen-Abo **endet automatisch**. Dabei entstehen keine weiteren Verpflichtungen.
Link: abo.unsere-zeit.de/6-wochen-uz-probeabo

Termine

Fragen oder Anmeldungen an *giessen@dkp.de*

Sa. 7.11. ab 10:30 Uhr:
Infostand DKP Gießen – Kugelbrunnen

Mo. 9.11. um 18 Uhr:
Mahngang zur Reichspogromnacht – vor dem Rathaus

Mi. 11.11. um 19 Uhr:
Gruppenabend / MV DKP Gießen – Ort bitte erfragen

Mi. 18.11. um 17:30 Uhr:
Beratung zur Kriegsdienstverweigerung vom Friedensnetzwerk – Sudetenlandstr. 1



Fr. 20.11.:
Schulstreik in Gießen – Uhrzeit und Ort sind noch unbekannt – siehe: *schulstreikgegenwehrpflicht.com*



Fr. 20.11.:
Redaktionsschluss Dez.-Echo

Fr. 20.11. ab 19 Uhr:
Stammtisch DKP GI – Chamäleon, Reichensand 9

Sa. 21.11. ab 10:30 Uhr:
Infostand DKP Gießen – Kugelbrunnen

Mi. 16.12. ab 19 Uhr:
Jahresabschlussfeier der DKP Gießen. Es sind alle herzlichst eingeladen! – Chamäleon, Reichensand 9

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** wurde das neu erbaute Kaufhaus Horten eröffnet. Die Stadt erhoffte sich viele sichere Arbeitsplätze. Die DKP hatte sich jedoch über den Horten-Konzern informiert. Das Verhältnis von Umsatz zu Arbeitsplätzen wurde bundesweit von Jahr zu Jahr schlechter. Die Zahl der Ausbildungsplätze hatte sich innerhalb weniger Jahre halbiert. Horten setzte stärker als andere Einzelhändler auf Teilzeitkräfte.

Vor **40 Jahren** brachten wir ein Extra-Echo zum Kamerahersteller Minox heraus. In dem Betrieb wechselten sich je nach Auftragslage Kurzarbeit und Überstunden ab. Nachdem die Messe Photokina keine neuen Umsätze gebracht hatte, startete die Firma mit dem Satz „Eine Automatik für Doofe“ eine missglückte Werbekampagne.

Vor **30 Jahren** begannen Regierung und Unternehmerverbände einen Angriff auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Diese war 1956 durch einen langen Streik erkämpft worden. Der Bestand dieser Errungenschaft muss auch heute wieder verteidigt werden.

Vor **20 Jahren** bescherte die von der CDU geführte Mehrheit im Kreistag dem Müll-Konzern *Remondis* ein Schnäppchen. Sie übertrug dem Konzern die Müllentsorgung im Landkreis. Für 30 Jahre wurde eine hohe Müllmenge garantiert. Sollte weniger Müll anfallen, war der Kreis zu Ausgleichszahlungen verpflichtet. Ökologisch sinnvoll wäre eigentlich Müllvermeidung gewesen.

Vor **10 Jahren** bestätigte die Gießener Staatsanwaltschaft, dass der AfD-Stadtverordnete Jordan „Faschist“ genannt werden darf. Erika Beltz hatte Jordan im Gießener Echo so bezeichnet. Seine Klage dagegen wurde zum Eigentor.

„Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“
Bertolt Brecht

Am 6. November 2026 feiert unser Genosse

Michael Beltz

seinen 85. Geburtstag

Michael hat sich durch die Ostermärsche, den Kampf gegen die Notstandsgesetze und die 68er-Bewegung politisiert. Der Kontakt zu bekannten Kommunisten führte ihn im April 1970 in die DKP.

Als beamteter Lehrer, der ein großes Ansehen bei Schülern und Eltern genoss, musste er gegen ein drohendes Berufsverbot kämpfen. Dank breiter Solidarität, weit über die Parteigrenze hinaus, konnte er diesen Angriff erfolgreich abwehren.

Michael war in seiner Stadt Gießen kommunalpolitisch aktiv. 2004 war er der erste kommunistische Stadtverordnete seit dem KPD-Verbot 1956. 15 Jahre lang vertrat er den kommunistischen Standpunkt im Stadtparlament. Er hat dort mit seinem Humor oft zur Erheiterung der Anwesenden und mit seiner kompromisslosen Kapitalismuskritik zum Verdruss der bürgerlichen Parteien beigetragen.

Über fünf Jahrzehnte hinweg hat er in unterschiedlichen Funktionen das Gesicht der DKP geprägt. Ob als Kreisvorsitzender in Gießen, als Bezirksvorsitzender in Hessen oder in der zentralen Revisionskommission des DKP-Parteivorstands: Durch sein langjähriges und kontinuierliches Wirken hat er sich in besonderem Maße um unsere Partei verdient gemacht.

Wir wünschen unserem Genossen Michael vor allem Gesundheit und noch viele Jahre mit seiner Frau und Genossin Eri!

DKP Gießen,
Bezirksvorstand Hessen
und DKP Parteivorstand

Mach mit! Werde Mitglied in der DKP oder SDAJ